



Streitfragen

Ohne Alternativen zum Finanzmarktkapitalismus werden linke Regierungsbeteiligungen nicht helfen, die Rechtsentwicklung zu stoppen. Ein Diskussionsbeitrag von Bernd Riexinger, Kovorsitzender der Partei Die Linke

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · DONNERSTAG, 12. JANUAR 2017 · NR. 10 · 1,50 EURO (DE), 1,70 EURO (AT), 2,20 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT WWW.JUNGEWELT.DE

Angeklagt

Zur Inquisition gegen Berlins Staatssekretär Andrej Holm. Ein Gespräch mit Hans Modrow

3

Aufgerüstet

Auf Gewalt angelegt: Zum G-20-Gipfel setzt Hamburgs Bürgermeister Scholz auf Eskalation

5

Ausgetrickst

Polens Regierungspartei übersteht Streit um Haushaltsdebatte. Ihre Gegner blockieren sich selbst

6

Abgekanzelt

Ukrainische Regierung ist gegenüber kritischen Journalisten unerbittlich. Ein Erfahrungsbericht

15

Vertrauen verzockt

Weltwirtschaftsforum sorgt sich: An den Traum vom Leben im Wohlstand glauben im Kapitalismus immer weniger. **Von Simon Zeise**

Man lernt nie aus. Das »Weltwirtschaftsforum« klärte am Mittwoch in London über globale Risiken 2017 auf. Im Report werden nicht etwa die zunehmenden Interventionskriege des Westens als Ursache für weltweite Instabilität benannt. Die erlauchte Zunft neoliberaler Ökonomen warnt vielmehr vor dem Aufstieg von »Populisten«.

Vom 17. bis zum 20. Januar treffen sich im schweizerischen Davos etwa 3.000 Manager, Investmentbanker und Politiker zum 47. World Economic Forum (WEF) – dieses Jahr unter dem Motto »Anpassungsfähige und verantwortungsvolle Führung«. Der am Mittwoch vorgestellte »Global Risk Report 2017«, für den 750 Manager und Wirtschaftswissenschaftler befragt worden waren, vermittelt einen Eindruck von der Stimmung, die beim Stelldichein der Kapitalisten herrschen wird. »Das Jahr 2017 ist ein entscheidender Zeitpunkt für die Weltgemeinschaft«, schrieb der deutsche WEF-Gründer Klaus Schwab im Vorwort des Berichts.

Der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union, die anstehende Übernahme der US-Präsidentschaft durch Donald Trump sowie das verlorene Verfassungsreferendum des italienischen Premiers Matteo Renzi seien Ausdruck der Vertrauenskrise großer Teile der Bevölkerung im »Westen«. Und nicht nur dort. »Variationen von Unsicherheit und Instabilität« fänden sich auch in der Türkei, Brasilien und auf den Philippinen wieder. Obwohl wissenschaftlich bewiesen sei, dass der Welthandel zu mehr Reichtum führe, nehme die Skepsis gegenüber der Globalisierung zu, haben die »Wissenschaftler« herausgefunden. »Viele fragen sich, ob die Krise der etablierten



An die Mär »Vom Tellerwäscher zum Millionär« glaubt kaum noch jemand

politischen Parteien in den westlichen Demokratien nicht eine Krise der Demokratie an sich darstellt.« Nüchtern konstatierten die Weltwirtschaftler: »Diese Entwicklungen sollten uns nicht überraschen.« Die westliche Wertegemeinschaft hat das in sie gesetzte Vertrauen verzockt.

Die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme stehe auf der Kippe. Während in früheren Zeiten der technische Fortschritt zwar alte Arbeitsplätze vernichtet, aber auch neue Jobs geschaffen habe, habe sich dieser Prozess »verlangsamt«. Die zunehmende Ungleichheit

von Einkommen und Vermögen sei die wichtigste Herausforderungen für die weltweite Entwicklung in der kommenden Dekade. Das reichste eine Prozent der Bevölkerung konzentrierte seit den 80er Jahren immer größeren Wohlstand in seinen Händen. Morbide wird die Marktmacht: Das Wirtschaftswachstum, das noch nicht das Niveau vor dem Finanzcrash 2008 erreicht habe, müsse »wiederbelebt« werden. Doch der gesellschaftliche Zusammenhalt könne dadurch allein nicht gekittet werden, zu groß sei bereits die Anti-Establishment-Stimmung von Populisten, denen vor

dem die Alten und wenig Gebildeten auf den Leim gingen. Die Lösung für das Kapital? »Die Reform des Marktkapitalismus muss auf die Agenda.« Welche grundlegenden Schritte dafür unternommen werden müssten, gaben die feinen Herren nicht zum besten. Nur eine sizilianische Botschaft wurde an die Lohnabhängigen ausgesandt: »Unser System der globalen Zusammenarbeit muss gestärkt und geschützt werden.« Hinzuzufügen wäre: Bis im Irak, in Syrien und in Afghanistan jeder Säugling Coca-Cola trinkt.

■ Siehe Kommentar Seite 8

Anklage gegen Haradinaj ausgeweitet



Belgrad. Die serbische Staatsanwaltschaft für Kriegsverbrechen hat die Anklage gegen den ehemaligen Kosovo-Ministerpräsidenten Ramush Haradinaj erweitert, wie der Sender N1 am Mittwoch meldete. Dafür seien neue Beweise gegen den vormaligen UCK-Kommandeur zusammengetragen worden. Bereits am Dienstag hatte Serbien offiziell bei Frankreich die Auslieferung von Haradinaj beantragt. Dieser war am 4. Januar aufgrund eines internationalen Haftbefehls festgesetzt worden. Belgrad wirft ihm insgesamt 108 Straftaten vor, darunter Terrorismus, staatsfeindliche Aktivitäten und Kriegsverbrechen gegen Zivilisten. Unterdessen hat das serbische Außenministerium laut der Zeitung *Vecernje Novosti* von Mittwoch die Sicherheitsvorkehrungen vieler Botschaften erhöht. Grund seien Informationen über mögliche Anschläge albanischer Terroristen.

(jw)

NRW kooperiert weiterhin mit DITIB

Düsseldorf. Nordrhein-Westfalens Landesregierung aus SPD und Grünen will trotz erheblicher Vorwürfe gegen DITIB weiter mit dem größten Islamdachverband zusammenarbeiten. Die Regierung sehe DITIB als Partner, sagte eine Sprecherin des Integrationsministeriums am Mittwoch in Düsseldorf nach Gesprächen über eine weitere Zusammenarbeit. Im Mittelpunkt des Treffens standen Berichte, denen zufolge DITIB-Imame angebliche Anhänger des Predigers Fethullah Gülen bespitzelt und Informationen an die türkische Regierung weitergegeben haben sollen. Die Linke-Bundestagsfraktion verlangte, die Kooperation zu stoppen. DITIB fungiere »als verlängerter Arm« des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan, und DITIB-Imame seien »als Spitzel für den türkischen Geheimdienst« tätig, sagte die integrationspolitische Sprecherin der Fraktion, Sevim Dagdelen. (dpa/jw)

Mali-Einsatz wird ausgeweitet

Kabinetts will deutsche Truppen in westafrikanischem Land aufstocken, Flüchtende sollen dort bleiben

Das Bundeskabinetts hat eine Ausweitung des Bundeswehr-Einsatzes in Mali beschlossen. Im Rahmen der UN-Mission Minusma sollen bis zu 1.000 deutsche Soldaten in den westafrikanischen Krisenstaat geschickt werden können. Das Kabinetts verlängerte am Mittwoch auch den Einsatz der Bundeswehr im Nordirak. Dort bilden deutsche Soldaten kurdische Peschmerga für den Kampf gegen die Dschihadistenmiliz »Islamischer Staat« (IS) aus. Minusma in Mali gilt als gefährlich-

ste UN-Mission weltweit. Das robuste Mandat erlaubt auch den Einsatz von Waffen. Kernaufgabe ist aber offiziell die Überwachung der Waffenruhe, die im Rahmen des im Mai und Juni vergangenen Jahres geschlossenen Friedensabkommens zwischen den Konfliktparteien vereinbart wurde. Das neue Mandat sieht vor, die Obergrenze für die Beteiligung deutscher Soldaten von bislang 650 auf 1.000 zu erhöhen. Hintergrund ist eine Vereinbarung zwischen Deutschland und den Vereinten Nationen, die Rettungskette im Norden des Landes ab Frühjahr von

den Niederländern zu übernehmen. Dafür sollen vier Transporthubschrauber zur Rettung von Verwundeten sowie vier Kampfhubschrauber zu deren Schutz nach Mali verlegt werden. Sollte die Mandatsobergrenze von 1.000 Einsatzkräften ausgeschöpft werden, wäre der Einsatz in Mali die größte Bundeswehr-Mission im Ausland überhaupt.

Der Bundestag muss den Beschlüssen des Kabinetts zu den beiden Bundeswehr-Einsätzen noch abschließend zustimmen. Der Oppositionspolitiker Niema Movassat (Die Linke) hatte

Anfang Dezember im Zusammenhang mit der geplanten Truppenaufstockung das EU-Flüchtlingsabkommen mit Mali kritisiert. »Einerseits will die Bundesregierung mehr Soldaten nach Mali schicken, weil die Lage dort sehr gefährlich ist, andererseits schließt die EU ein Abkommen mit dem Land, um die Menschen dort an der Flucht zu hindern. Dies ist an Zynismus kaum zu überbieten«, hatte der Bundestagsabgeordnete im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erklärt. Die Lage in Mali verschlimmere sich ständig. (AFP/jw)

jw wird herausgegeben von 1.981 Genossinnen und Genossen (Stand 10.1.2017)
www.jungewelt.de/lpg

